

Adieu, Helmut Kohl!



Mehrere Gedenkveranstaltungen in der vergangenen Woche standen ganz im Zeichen der Trauer um unseren verstorbenen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Am Dienstag hatte ich die Ehre, die Totenmesse in Berlin mitzugestalten. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hatte Abgeordnete aller Fraktionen dazu eingeladen (Foto oben: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag). In der St. Hedwigs-Kathedrale sprach ich eine Fürbitte: *„Nie wieder Krieg!“ Das war Helmut Kohls Leitmotiv in der Außenpolitik und im Eintreten für das Zusammenwachsen Europas. Wir beten um Frieden und Verständigung der Völker in der Einen Welt. Wir beten für die Opfer von Gewalt, Terror, Flucht und Vertreibung.“*

Am Freitagabend nahm ich an der Trauerfeier der Stadt Ludwigshafen in der Kirche St. Joseph in Friesenheim teil. Gemeinsam mit vielen langjährigen Vertrauten der Ludwigshafener CDU nahmen wir in seiner Heimatstadt Abschied von dem großen Pfälzer und großen Staatsmann Helmut Kohl.

Besonders bewegend waren für mich die Trauerfeierlichkeiten in Straßburg (kl. Foto) und Speyer. Ich verspürte Wehmut, aber auch Dankbarkeit für den Wegbereiter der europäischen Einigung. In Straßburg wurde mir nochmals bewusst, welch großes Werk er vollbracht hat.

Aber auch persönlich verdanke ich ihm viel. Wäre Helmut Kohl nicht gewesen, meine politische Karriere wäre wohl anders verlaufen. Zwischen uns gab es bis zuletzt absolutes Vertrauen. „Adieu Helmut Kohl“, war mein Gedanke, als der Sarg aus dem Europaparlament getragen wurde. Adieu und vielen Dank!

Liebe CDU-Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Montag haben wir in Berlin in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstände von CDU und CSU unser Wahlprogramm beschlossen: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Im Mittelpunkt stehen Wohlstand und Sicherheit. Wir möchten an unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik anknüpfen und die Arbeitslosenquote erneut halbieren, um bis 2025 Vollbeschäftigung zu erreichen. Denn Arbeit ist der Schlüssel für mehr Investitionen und für eine stärkere Unterstützung von Familien. Dazu planen wir auch Steuerentlastungen: Der Spitzensteuersatz soll künftig erst ab 60.000 Euro greifen, den Solidaritätszuschlag wollen wir schrittweise abschaffen. Ich bin sicher: Damit haben wir ein sehr gutes Programm vorgelegt, das die Wählerinnen und Wähler überzeugen wird – und wir haben Geschlossenheit bewiesen.



So erreichen Sie mich:

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

„Ehe für alle“: Warum ich dafür gestimmt habe

Am vergangenen Freitag hat unser Koalitionspartner SPD, verbunden mit einem Vertrauensbruch und aus ersichtlichen parteitaktischen Motiven, die Abstimmung über die „Ehe für alle“ erzwungen. Ich hätte mir dazu eine breitere Debatte gewünscht. Dennoch habe ich dem Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts zugestimmt. Ich bin inzwischen immer wieder gefragt worden, warum ich diese Entscheidung getroffen habe. Deshalb will ich meine Beweggründe hier kurz festhalten:

„Es gibt im Deutschen Bundestag Entscheidungen, bei denen wir als Abgeordnete besonders gefordert sind. Vor allem, wenn es um zentrale Wertefragen geht, wie bei Ehe und Familie, die nach dem Grundgesetz unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Für meine politischen Entscheidungen gibt mir das christliche Menschenbild eine wichtige Orientierung. Damit verbindet sich, dass alle Menschen die gleiche Würde und die gleichen Rechte haben. Wenn heute Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung in unserem Land offen, in Toleranz und Respekt leben können, steht diese gesellschaftliche Entwicklung für einen weiten Weg, den wir in Deutschland gegangen sind.“

Im Deutschen Bundestag haben wir die eingetragene Lebenspartnerschaft in den vergangenen Jahren der Ehe immer weiter angeglichen. Im Wesentlichen unterschieden sie sich nur noch in zwei Punkten. Der erste Punkt betraf die Begrifflichkeit: Ehe hier, eingetragene Lebenspartnerschaft dort. Dieser Unterschied war jedoch für viele keine Kleinigkeit, sondern von hohem symbolischen Wert. Aus zahlreichen Gesprächen weiß ich, wie sehr dieser Punkt viele umgetrieben hat. Hoffnungen und Sorgen wurden mir nahegebracht. Ich habe immer wieder erfahren: Wenn zwei Menschen Verantwortung füreinander übernehmen wollen, wenn sie in Treue, Beständigkeit und Verlässlichkeit zueinander Ja sagen, dann werden dort Werte gelebt, die es zu schätzen und zu schützen gilt. Diese Werte sind der Kern der Ehe. Wer die Ehe schließen will, sagt Ja zu diesen Werten und zur Institution Ehe.

Der zweite Punkt betraf eine Regelung im Adoptionsrecht: In einer eingetragenen Lebenspartnerschaft konnte zunächst nur ein Partner oder eine Partnerin allein ein Kind adoptieren. Der andere Partner oder die andere Partnerin konnte das Kind erst in einem weiteren Schritt adoptieren. Ein Adoptionsrecht bestand also bereits. Das neue Gesetz macht nun den Weg für die gemeinsame Adoption frei. Die Frage des Kindeswohls ist dabei für mich die entscheidende. Wir dürfen die gesellschaftliche Realität nicht ausblenden: Kinder wachsen heute in den unterschiedlichsten Familienkonstellationen auf. Jede Familienform, in der es den Kindern gut geht, verdient Anerkennung und rechtliche Absicherung.

In meiner Partei haben wir mit großer Ernsthaftigkeit und Respekt unterschiedliche Sichtweisen ausgetauscht. Niemand hat sich diese Entscheidung leicht gemacht, auch ich nicht. Die Entscheidung im Bundestag stärkt die bürgerliche Institution der Ehe als Kernbestandteil einer gelingenden Gesellschaft. Sie führt gesellschaftliche Entwicklungen und konservative Werte zusammen.

UNESCO-Friedenspreis: Zu Gast in Paris

Als UNESCO-Sonderbeauftragte des Auswärtigen Amtes habe ich in Paris an der Verleihung des UNESCO-Friedenspreises teilgenommen, des „Prix Félix Houphouët-Boigny pour la Paix“. In diesem Jahr wurde er der Bürgermeisterin von Lampedusa und der französischen Nichtregierungsorganisation SOS Méditerranée verliehen, die vom deutschen Handelskapitän Klaus Vogel mitbegründet wurde (3.v.r., Foto: Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO). In seiner Rede schilderte Kapitän Vogel die Rettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer mit deutlichen Worten, die auch mir unter die Haut gingen. Erneut wurde mir bewusst, dass wir weiter große Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen aufbringen müssen, um zu verhindern, dass sich Menschen diesen Gefahren aussetzen.



Gesetz gegen Hass im Internet

In der letzten Sitzungswoche haben wir das "Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken" verabschiedet. Dadurch werden in den sozialen Netzwerken die Persönlichkeitsrechte in Zukunft effektiver geschützt. Konzerne wie Facebook und Twitter werden zu einem konsequenteren Umgang mit strafbaren Inhalten und mit Nutzerbeschwerden verpflichtet – endlich! Bei dem Gesetz geht es um eine Selbstverständlichkeit, die Durchsetzung geltenden Rechts auch im Internet. Die Meinungsfreiheit wird dadurch nicht eingeschränkt.

Besuchen Sie mich auf

www.maria-boehmer.de

facebook.com/dr.maria.boehmer